

# Sie will Frauenthemen nicht den Linken überlassen

Susanne Vincenz-Stauffacher gibt das Präsidium der FDP-Frauen nach fünf Jahren ab



«Frauen haben eine andere Geschichte als Männer», sagt Susanne Vincenz-Stauffacher.

SIMON TANNER / NZZ

KATHARINA FONTANA

Ein bisschen Symbolik muss sein. Am Internationalen Frauentag am 8. März, dieser aus dem Sozialismus importierten Festivität, wird Susanne Vincenz-Stauffacher von ihrem Amt als Präsidentin der FDP-Frauen zurücktreten. Die St. Gallerin steht der Frauenorganisation seit bald fünf Jahren vor und sieht nun den Moment gekommen, das Amt an eine Kollegin weiterzugeben. Als Nachfolgerin steht die Zürcher Nationalrätin und Ärztin Bettina Balmer bereit.

Mit ihrem wichtigsten Dossier, der Individualbesteuerung, könnte die scheidende Präsidentin Geschichte schreiben. Die freisinnigen Frauen haben die Forderung nach der zivilstandsunabhängigen Besteuerung mit einer Volksinitiative erfolgreich vorangetrieben: Jede Person soll einzeln veranlagt werden, egal ob verheiratet oder nicht – dann wäre auch die steuer-

liche Heiratsstrafe kein Thema mehr. Nächste Woche wird der Ständerat entscheiden, wie es weitergeht; die Abstimmung dürfte ganz knapp ausgehen. Heisst die kleine Kammer die Steuerreform gut, ist eine grosse Hürde auf dem Weg zur Individualbesteuerung überwunden. Das wäre ein riesiger Erfolg für die FDP, für die freisinnigen Frauen und speziell für ihre Präsidentin.

## Etikett der Frauenpolitikerin

Susanne Vincenz-Stauffacher wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, im gefeierten Frauenjahr, in dem auf einer lila Welle viele neue Politikerinnen ins Parlament getragen wurden. Ein halbes Jahr später wurde sie Präsidentin der Frauenorganisation. «Wenn man ein solches Amt hat, bekommt man sofort eine ganz andere Aufmerksamkeit», sagt sie. Nun sei es an der Zeit, diese Chance einer anderen Frau zu bieten. Ist es wirklich eine Chance?

Das Etikett der Frauenpolitikerin gilt gerade in bürgerlichen Kreisen nicht unbedingt als ein Plus. Und man wird es kaum mehr los. Es habe tatsächlich Leute gegeben, die sie gewarnt hätten, sagt Vincenz-Stauffacher. «Doch das hat meinen Kampfgeist eher noch geweckt. Ich muss mich für meine Überzeugungen doch nicht schämen».

Früher lautete das Motto der freisinnigen Frauen: «Wir machen nicht Frauenpolitik, wir machen als Frauen Politik.» Die Frage liegt auf der Hand: Braucht die FDP heute noch eine Frauenpartei? Reicht es nicht, dass es freisinnige Nationalrätinnen, Ständerätinnen, Bundesrätinnen gibt, die Politik machen, wie die Männer es auch tun?

«Man muss die bürgerlichen Politikerinnen sichtbar machen, Nachwuchsförderung ernst nehmen und eigene Positionen entwickeln», findet Vincenz-Stauffacher, «sonst überlässt man Frauenthemen allein den Linken und den Gewerkschaften. Die Frauen

sind keine homogene Gruppe – «wir Frauen» gibt es nicht.» Auch sieht sie in der Frauenpartei eine Art Safe Space: «Wenn man unter sich ist, redet man anders und über persönlichere Dinge. Wenn Männer dabei sind, fragt keine Frau ihre Kollegin, wie sie die politische Arbeit mit der Kinderbetreuung vereinbaren oder wie sie sich in einem Gremium positionieren kann.»

Die FDP Schweiz profitiere von ihrer Frauenpartei, sagt die Präsidentin überzeugt, «gerade weil wir mitunter dezidiert eine andere Meinung vertreten». Zum Beispiel beim zweiwöchigen Vaterchaftsurlaub: Die freisinnigen Frauen sagten klar Ja zum Sozialausbau, während die FDP Schweiz nichts davon wissen wollte. Die Nein-Parole habe nach aussen gar konservativ gewirkt, meint Vincenz-Stauffacher, mit dem weiblichen Ja habe man das etwas korrigieren können.

## Etwas staatliche Umsorgung

Mit dem freisinnigen Grundsatz des schlanken Staates hat es allerdings wenig zu tun, wenn man findet, die Allgemeinheit müsse den Vätern zwei Wochen Ferien bezahlen. Doch Vincenz-Stauffacher ist keine Vertreterin der reinen liberalen Lehre. Gegen ein bisschen staatliche Umsorgung hat sie nichts. Das gilt auch für die Forderung nach einer ausgebauten Elternzeit: Die geplante linke Volksinitiative für einen bezahlten Urlaub lehnt Vincenz-Stauffacher wegen der geforderten sechs- und dreissig Wochen zwar ab – «es ist wichtig, dass dazu das Nein von einer Frauenorganisation kommt». Allerdings könnte sie sich einen «massvollen» Ausbau des Elternurlaubs von heute sechzehn Wochen (vierzehn für die Mutter und zwei für den Vater) auf zwanzig Wochen vorstellen.

Eine Kehrtwende haben die freisinnigen Frauen bei der Kita-Vorlage vollzogen. Man sei bei der auswärtigen Kinderbetreuung zwar noch nicht am Ziel, sagt Vincenz-Stauffacher, doch die Subventionsvorlage, die den Bund endgültig zum Krippenvater machen will, lehne man ab. 700 Millionen Franken jährlich für eine neue Sozialleistung auszugeben, das liege angesichts der Finanzlage einfach nicht drin. Statt den Bund mit einer neuen Aufgabe zu belasten, wollen die FDP-Frauen die Kantone stärker in die Pflicht nehmen –

und den kantonalen Parlamentarierinnen mit Mustervorlagen dabei helfen, Verbesserungen zu erwirken.

Nach der Frauenwahl 2019 wurde die weibliche Solidarität im Bundeshaus ausgiebig bemüht. Zu Beginn funktionierte das überparteiliche Netzwerk von links bis rechts gut, man sah sich als Schwestern im Geiste. Doch inzwischen ist das Verhältnis deutlich abgekühlt. Die Erhöhung des Frauenrentenalters sowie die Reform der beruflichen Vorsorge, die von den linken Politikerinnen dezidiert abgelehnt wurden, haben zu Rissen innerhalb der Frauenallianz geführt, die eine oder andere schrille Wortmeldung aushandeln.

Die bürgerlichen Parlamentarierinnen ärgerten sich zudem darüber, dass der feministische Streik am 14. Juni von den Gewerkschaften gekapert und zum lautstarken Sozialkampf umfunktioniert wurde. Seither geht man an diesem Tag getrennte Wege und macht ein eigenes Programm. Auch hier stellt sich die Frage: warum? Warum sollen Frauen heute auf die Strasse gehen und «streiken»? «Wir haben eine andere Geschichte als die Männer, denken Sie nur an den Kampf

«Man muss bürgerliche Politikerinnen sichtbar machen, Nachwuchsförderung ernst nehmen und eigene Positionen entwickeln.»

um das Frauenstimmrecht und die «göttliche Ordnung», sagt Susanne Vincenz-Stauffacher. Auch der Schweizer Film «Friedas Fall» erinnert sie dramatisch an die schwierige Vergangenheit. Der Film, der derzeit in den Kinos läuft, erzählt die wahre Geschichte einer jungen Näherin, die nach einer Vergewaltigung schwanger wurde und ihr Kind aus Verzweiflung und Elend tötete. «Es ist schon richtig, dass die Frauen an einem speziellen Tag im Jahr ihre Forderungen vertreten. Als FDP-Frauen tun wir dies nicht mit einem Streik. Und wir würdigen, was sich inzwischen alles zum Positiven verändert hat.»

# Der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung doch nicht ab

Das Staatssekretariat für Bildung plante eine breit abgestützte Reform – doch es unterschätzte die Stimmung in Teilen der Basis sowie im Parlament

MATTHIAS VENETZ, BERN

Im letzten Moment habe man eine weitere verfehlte Bildungsreform stoppen können, schrieb die FDP am Freitag in einer Mitteilung. Der Bundesrat sei eingeknickt, die schriftliche Abschlussprüfung für Lehrlinge werde nun doch nicht abgeschafft. Das Staatssekretariat für Bildung (SBFI), das besagte Reform angestossen hatte, sprach gleichentags vor den Medien hingegen von einem Kompromiss. Es wollte vermeiden, als Verlierer zu gelten.

Erst klingt es wie ein Widerspruch, doch in gewisser Weise haben beide recht. Und beide liegen auch ein bisschen falsch. Der Bund schafft die schriftliche Abschlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht zwar nicht ab. Doch die Kantone können immer noch entscheiden, ob die Berufsschulen ihre Lehrlinge mündlich oder schriftlich prüfen.

Zudem war die Abschaffung der Schlussprüfung nur ein Punkt der Reform. Das einzige «Pièce de Résistance», wie Rémy Hübschi vom SBFI vor den Medien sagte. Damit könnte eine Kontroverse enden, die mit pointierter Kritik aus der Basis begann, von dort in die Medien drang und schliesslich im Bundeshaus ausgetragen wurde.

Anfangen hat sie, als das SBFI im vergangenen Frühling eine Verordnung in die Vernehmlassung schickte, welche die Ausbildung der Lehrlinge in der Schweiz reformieren sollte. Denn die geltende Verordnung stammt aus dem Jahr 2006, als es noch keine Smartphones und keine KI gab. Zudem war eine Reform schon seit 2019 geplant. Das SBFI erklärte deshalb, dass der Status quo nicht mehr zeitgemäss sei.

## Test oder Gespräch?

Kurz darauf kritisierten erst einige Lehrpersonen und Verbände ein Detail der Reform: Statt eine Schlussprüfung zu absolvieren, sollten Lehrlinge künftig während einer halben Stunde mündlich ihre Abschlussarbeit verteidigen und Fragen zum Schulstoff beantworten. In einem «vertiefenden Gespräch». Die Gesamtnote hätte sich künftig zu je 50 Prozent aus den Erfahrungsnoten und der Abschlussarbeit zusammengesetzt.

Doch aus der Kritik wurde in den folgenden Monaten eine Kontroverse. Kritiker aus der Basis sahen das Leistungsprinzip bedroht. Vor allem der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB) ging in die Offensive. Der Präsident Konrad Kuoni sagte in

der NZZ: «Das ist eine Idee aus einer bestimmten Küche: Leistung wird verschmäht, den Schülern soll alles möglichst einfach gemacht werden, bloss keinen Stress verursachen.»

Das Staatssekretariat reagierte im Sommer zunächst nicht auf die ersten kritischen Stimmen. Man wollte die Vernehmlassung abwarten. Darin sprach

Die Kantone können entscheiden, ob die Berufsschulen ihre Lehrlinge mündlich oder schriftlich prüfen.

sich schliesslich eine knappe Mehrheit der Kantone gegen eine Abschaffung aus. Auch mehrere Parteien waren dagegen. Die SP bemängelte in der Vernehmlassung sogar, dass im Bericht eine Begründung für die Abschaffung fehle.

Der ZLB und auch einzelne Lehrpersonen von der Basis kritisierten nun zunehmend öffentlich, dass das Staats-

sekretariat an der Basis vorbei eine Reform durchdrücken wolle, der Druck auf das SBFI stieg mit jedem neuen Artikel in den Medien. Doch noch im Winter hielt das SBFI an den Plänen fest und teilte mit, die Reform spiegle einen «breit abgestimmten Konsens der Verbundpartner wider». Das hat sich nun verändert.

## Kontroverse und Kompromiss

Mitte Februar diskutierte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) über die Reform und liess sich die geplanten Änderungen von der Verwaltung erklären. Weil es sich um eine Verordnung handelte, konnte die WBK-S allerdings nur Empfehlungen an den Bundesrat aussprechen. In einer Mitteilung schrieb sie, der Verzicht auf die Abschlussprüfung sei ein falsches Signal an die Leistungsbereitschaft der Lehrlinge. Alternativ schlug sie vor, dass die Kantone zwischen zwei Prüfungsformen entscheiden sollten.

Am Freitag zeigte sich nun, dass das Staatssekretariat diesen Empfehlungen folgt. Hübschi vom SBFI sagte der NZZ: «Die Kontroverse hat uns überfahren.» Man habe die Reform in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern erarbeitet und den aktuellen Herausforderungen ent-

sprechend aufgegleist. «Wir wollten nicht gar nicht, sondern anders prüfen.»

Hübschi räumt aber ein, man habe Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen und wolle die Basis künftig stärker einbeziehen. Die angepasste Reform, die er am Freitag vorstellte, ist denn auch ein Kompromiss. Die Abschlussprüfungen bleiben erhalten, sollen in ihrem Aufbau künftig aber die Abschlussarbeit ergänzen. Der Fokus soll auf Kompetenzen und weniger auf dem Abfragen von Fakten liegen.

Konrad Kuoni vom ZLB sagt, die neue Lösung sei ein Sieg für die Basis, aber auch ein fauler Kompromiss. «Den Entscheid nun den Kantonen zu überlassen, führt zu einem Flickenteppich.» Im Fall des Kantons Zürich bestehe die Hoffnung, dass sich dieser für die Beibehaltung der schriftlichen Prüfung ausspreche, wie es die grosse Mehrheit des betroffenen Lehrkörpers wünsche.

In den kommenden Wochen sucht das Staatssekretariat mit Bund, Kantonen und Verbänden das Gespräch, um die angepasste Verordnung breit abzustützen und fristgerecht einführen zu können. Nachdem die Reform jetzt entschärft worden ist, stehen die Chancen gut, dass sie fristgerecht am 1. Januar 2026 in Kraft treten kann.